

Avanti

2

Theoriebeilage

Inflation als
Klassenkampf?
von
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

SOLIDARITÄT



STATT TEUERUNG!

INHALT

TITEL

01 INFLATION

Solidarität statt Teuerung?

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH

Sozialproteste

TEUERUNG

03 INFLATION

Solidarität statt Teuerung?

ANTI-KRIEGSTAG

04 ANTI-KRIEGSTAG

Nein zu Militarismus und Aufrüstung

KLIMASCHUTZ

05 KLIMASTREIK

Leben oder Profite?

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 BR-MOBGING I

ARD-Tatort im Betrieb

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

es bewegt sich etwas gegen die Teuerung. Aber von einem „heißen Herbst“ sind wir noch sehr weit entfernt.

Dennoch – oder gerade deswegen – steht der notwendige Widerstand gegen die Inflation im Zentrum der vorliegenden Oktober-Ausgabe von *Avanti*².

Auf den Seiten der Theoriebeilage veröffentlichen wir Ernest Mandels grundlegende Überlegungen zum Verhältnis von Klassenkampf und Preissteigerungen.

Wir sind gespannt, ob nicht nur dieser inhaltliche Schwerpunkt, sondern auch die anderen Themen Euer Interesse finden!

Alle guten Wünsche!

Eure Redaktion

Grafik S.1: NPA.

INHALT

06 BR-MOBGING II

„BR im Visier?“

07 BR-MOBGING III

Dokumentation erschienen

08 BR-ARBEIT

Besser mit Strategie?

10 SBV-WAHLEN

Keine Nebensache

ISO / POLITISCHE BILDUNG

11 ISO: BUNDESKONFERENZ

Vorwärts und nichts vergessen?

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 LECHLEITER-GEDENKEN

Lehren für heute

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

12 ERNEST MANDEL

Inflation als Klassenkampf?

Sozialproteste in Frankreich Die Gegenwehr hat begonnen

M. G.

Auch in Frankreich beschleunigt sich die kapitalistische Offensive. Mit Sprüchen wie „Ende des Überflusses“, „Opfer bringen“ und „verstärkte Anstrengungen zur Bewältigung der Krisen“ versucht die Staatsspitze, ihre sozialpolitischen Attacken zu rechtfertigen.

Staatspräsident Macron will unter anderem eine neue „Rentenreform“. Nicht, wie er behauptet, um Bildung, Ökologie oder Gesundheit zu finanzieren, sondern um die Profite der Bosse zu sichern. Auch die Arbeitslosenversicherung hat er ihm Visier. Die Arbeitssuchenden sollen noch ärmer gemacht und noch mehr unter Druck gesetzt werden.

Ein Finanzgesetz soll 2023 einerseits zahlreiche öffentliche Dienstleistungen zerstören und andererseits den Unternehmern ein acht Milliarden teures Geschenk machen (Abschaffung einer Produktionssteuer und der „Wertschöpfungsabgabe“). Und das obwohl die börsennotierten Firmen des CAC 40 (entspricht dem DAX) ihre Gewinne innerhalb eines Jahres um 24 % gesteigert haben!

Angesichts der Angriffe der Regierung

wäre es nach Ansicht unserer Genossinnen und Genossen der NPA falsch, sich mit halben Maßnahmen zufrieden zu geben. Die Besteuerung von Gewinnen ist für sie wichtig, um eine Umverteilung „von oben nach unten“ zu erreichen. Dabei geht es nicht nur um „Übergewinne“, sondern um alle Profite, weil sie das Ergebnis der Ausbeutung der arbeitenden Klasse sind.

Eine andere Verteilung des Reichtums erfordert auch eine deutliche Erhöhung der Löhne und Gehälter. Die NPA tritt deshalb für einen Mindestlohn von 1.800 Euro, für mindestens 300 Euro netto mehr im Monat und für die Koppelung der Einkommen an die Preissteigerungen ein.

Während die Preise weiter ansteigen und die Regierenden ihre Politik für die Reichen und Konzerne fortsetzen, haben die ersten Sozialproteste nach der Som-

merpause stattgefunden. Für die NPA steht nicht nur die Verallgemeinerung von Protesten und Streiks, sondern auch die Stärkung eines kämpferischen Antikapitalismus auf der Tagesordnung. Dies sind Voraussetzungen, um die extreme Rechte zurückdrängen und die Kräfteverhältnisse zugunsten der arbeitenden Klasse verbessern zu können. ■



Gewerkschaftsdemo für höhere Löhne am 29. September 2022 in Paris.

Solidarität statt Teuerung!

R. G.

Das statistische Bundesamt hat am 29.09.2022 für den September eine (vorläufige) offizielle Inflationsrate von 10 % (!) im Vergleich zum Vorjahresmonat veröffentlicht. Im August waren es noch 7,9 %. So hoch war die Inflation in Deutschland seit 70 Jahren nicht mehr.

Insbesondere Energie und Nahrungsmittel treiben die Inflation an. So seien die Preise für Energie um 43,9 % und die für Nahrungsmittel um 18,7 % im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Für Millionen Menschen ist ihr alltägliches Leben kaum oder nicht mehr bezahlbar.

Millionen Menschen verlieren

Die Teuerungskrise bedeutet einen massiven Kaufkraftverlust für Arbeitende, Rentnerinnen und Rentner, Studierende und Empfängerinnen und Empfänger von Transferzahlungen. 2000 Euro im September 2021 waren im September 2022 nur noch 1800 Euro „wert“.

Eine niedrigere Inflation wird erst 2023 erwartet. Dann beziehen sich die Vergleichsrechnungen jedoch auf die aktuellen Preise. Wenn es nicht gelingt, eine Erhöhung der Einkommen und Transferzahlungen um den Inflationswert durchzusetzen, führt dies dauerhaft zur „Abwertung“ der Löhne und zu großem Kaufkraftverlust.

Bereits 2021 waren laut Paritätischem Wohlfahrtsverband in Deutschland 13,8 Millionen Menschen arm. In den zwei Pandemie-Jahren habe diese Zahl um 600.000 zugenommen. Die Teuerungskrise droht, diese dramatische Entwicklung zu beschleunigen. Ein Indiz dafür ist die Aussage des Vorsitzenden der Tafel Deutschland, dass sich allein im Jahr 2022 die Zahl der bei den Tafeln angemeldeten Menschen um die Hälfte auf mehr als zwei Millionen erhöht habe.

Die hohe Inflation ist kein deutsches Phänomen, sondern weltweit zu beobachten. Sie trifft vor allem die arbeitende Klasse und besonders Frauen, Kinder und alte Menschen. Sie erzeugt massenhaft Armut, verschärft die globale Ernährungskrise und wird noch mehr Menschen zur Flucht zwingen.

Millionäre gewinnen

Die Teuerungskrise zeigt erneut den wahren Kern des globalen Kapitalismus: Die rücksichtslose Vermehrung von Macht und Reichtum Weniger auf Kosten der großen Mehrheit.

Wie während der COVID-19-Pandemie soll die arbeitende Klasse massive finanzielle Verluste hinnehmen. Klein- und Kleinstbetriebe sind in ihrer Existenz bedroht.

Auf der anderen Seite nutzen globale Konzerne in den Bereichen Energie (Öl und Gas), Nahrung, Rüstung und Logistik ihre marktbeherrschende Position rücksichtslos aus. Sie missbrauchen die politische und ökonomische Weltlage, um ihre Preise und damit ihre Gewinne massiv zu erhöhen.

Inflation wird gemacht

Inflation ist ein untrennbarer Teil des Kapitalismus. Der derzeitige, dramatische Anstieg hat schon im Herbst 2021 begonnen. Der russische Angriffs-Krieg gegen die Ukraine und seine geopolitischen Folgen haben diesen zwar verstärkt, aber nicht ausgelöst.

Inflation ist kein Naturereignis, sondern die Folge wirtschaftlicher sowie politischer Entwicklungen und Entscheidungen. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit nennen wir die permanente Aufrüstung, die neoliberalen Deregulierungen der globalen Finanzmärkte, die „Aufblähung“ des Kreditvolumens, die „Suche“ nach immer neuen Anlagemöglichkeiten für nicht-investiertes Kapital, die Börsen-Spekulation mit Energieträgern und Nahrungsmitteln und nicht zuletzt der Einfluss profitgetriebener Investmentfonds wie zum Beispiel BlackRock auf Wirtschaft, Unternehmen und Politik.

Gemeinsam Gegenwehr organisieren

Die Entlastungspakete der Regierung werden den Kaufkraftverlust weder ausgleichen noch stoppen, sondern nur kurzfristig abfedern. Die Unternehmen und Reichen wollen für Löhne und Transferzahlungen keinen Inflationsausgleich, um dauerhaft weiter ihre Profite erhöhen zu können. Die Führungen der Industrie-Gewerkschaften vermeiden bisher offensive Abwehrkämpfe.

Statt auf andere zu vertrauen, müssen wir jetzt selbst aktiv werden und in unseren Wohnvierteln, Betrieben, Schulen, Unis usw. eine breite Bewegung gegen die Teuerung aufbauen. Dazu schlagen wir folgende Punkte vor:

- Aufbau von Aktionsbündnissen als Teil einer gemeinsamen sozialen, ökologischen, antifaschistischen und antikapitalistischen Front
- eine aktive, kämpferische Gewerkschaftspolitik im Interesse der Arbeitenden statt „Sozialpartnerschaft“ und „konzertierter Aktion“
- eine automatische und monatliche Anpassung der Löhne, Sozialleistungen und Transferzahlungen an die Preissteigerung
- Wohnen, Nahrung, Energie und medizinische Versorgung müssen für alle bezahlbar werden, freier Zugang zu Öffentlichen Verkehrsmitteln, Bildung und Kultur
- gemeinsame Aktionen und Streiks von Gewerkschaften und sozialen und ökologischen Bewegungen
- internationale Zusammenarbeit und gemeinsame Aktionen mit den Bewegungen gegen die Teuerungskrise in anderen Ländern.

**Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!
Die Reichen müssen zahlen!** ■



Klimastreik in Mannheim, 23. September 2022.

„Die Waffen müssen endlich schweigen!“ Kundgebung zum Antikriegstag 2022 in Mannheim

E. B.

„Gegen einen neuen Rüstungswettlauf. Die Waffen müssen endlich schweigen!“
Unter diesem Motto fand am 1. September 2022 eine Kundgebung statt.

Aufgerufen hatten der DGB-Kreisverband Mannheim / Rhein-Neckar West, der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt Mannheim (KDA) und die Katholische Arbeitnehmerbewegung Rhein-Neckar (KAB). Rund 100 Menschen, darunter auch Aktive der ISO Rhein-Neckar, beteiligten sich an der Aktion auf dem Mannheimer Paradeplatz.



Kundgebung zum Antikriegstag in Mannheim. 1. September 2022.

Sabine Leber-Hoischen, stellvertretende DGB-Kreisvorsitzende, warnte in ihrer Begrüßung „vor einer weiteren Militarisierung“. Der Krieg in der Ukraine dürfe „nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden lasse sich mit Waffen schaffen.“ Ihre Schlussfolgerung: „Die Waffen müssen endlich schweigen – überall auf der Welt!“ Mit der Kundgebung solle auch ein Zeichen gesetzt werden gegen „einen neuen weltweiten Rüstungswettlauf“ und für „eine weltweite Ächtung von Atomwaffen“.

Maximilian Heßlein, Wirtschafts- und Sozialpfarrer beim KDA betonte in seiner Rede, dass es „keine Rechtfertigung“ für den Angriff Russlands auf die Ukraine geben könne. Es sei ein Dilemma, gegen Krieg zu sein und das Recht zur Verteidigung gegen diesen Überfall anzuerkennen.

Aber man müsse, so der Vertreter des KDA, die Frage stellen: „Wie schaffen wir Frieden in dieser Welt?“ Es sei wichtig, die Gespräche zwischen der Ukraine und Russland wieder aufzunehmen. Zudem müssten alle Geflüchteten gleich willkommen geheißen werden. Und schließlich sei es „so wichtig, dass wir Menschen weltweit nicht nur als Konsumenten, als Werkzeug oder gar als Ware sehen“.

Kapitalismus als Kriegsursache

Heßlein legte den Finger in die Wunde, als er ausrief: „Unsere Welt ist es und unsere Wirtschaftsordnung, die Lebensmöglichkeit, Armut und Reichtum weltweit zuteilt. Das schafft doch erst die Konflikte und die Kriege.“

Deswegen forderte er für alle hier lebenden Menschen eine sichere, warme und geschützte Wohnung, eine erschwingliche Mobilität und bezahlbare Nahrungsmittel. Den Spekulationen mit Nahrungsmitteln, Energie und Wohnen müsse Einhalt geboten werden. Es brauche eine Regierung, „die bereit ist, mal die Gewinne und nicht wieder die Verluste zu sozialisieren“.

Marie Ostwald von der DGB-Jugend zeigte sich erstaunt darüber, dass „die Bundesregierung anlässlich des Krieges mal eben lockerflockig 100 Milliarden Sondervermögen beschloss.“

Es sei eine „dreiste Behauptung, dass es hier nur darum ginge, die Ukraine zu unterstützen und nicht noch um so viel mehr, nämlich die Stellung von Deutschland in Europa und der Welt und [die] Profite in der Rüstungsindustrie.“

Gerade deshalb sei es erforderlich, in der Krise für die gewerkschaftspolitischen Forderungen zu kämpfen und sich dafür zu organisieren. Denn, so Ostwald: „Es ist unsere Zukunft, die auf dem Spiel steht.“

Nein zu Waffenlieferungen

Der Mannheimer DGB-Vorsitzende Ralf Heller setzte den Schlusspunkt dieser wichtigen Kundgebung. Er forderte „die russische Regierung auf, den Angriffskrieg zu beenden, ihre Truppen zurückzuziehen und die territoriale Integrität der Ukraine wiederherzustellen.“

Trotz der Kriegsverbrechen des Putin-Regimes bleibe es bei der klaren Positionierung des DGB-Kreisverbands Mannheim / Rhein-Neckar West gegen Waffenlieferungen. Die Gefahr, so Heller, einer massiven weiteren militärischen Zuspitzung sei real. Über diese Fragen hinaus

sei die ernsthafte und solidarische Auseinandersetzung mit Problemen wie der Armut, dem Klimawandel oder der Pandemie dringend erforderlich.

Es müssten zudem wieder viel mehr Menschen in Tarifbindung kommen. Mit Blick auf die anstehenden Tarifrunden forderte er „gerade jetzt“ hohe Lohnabschlüsse. Es müsse „endlich Schluss sein, dass Kasse gemacht wird mit miesen Arbeitsbedingungen.“

Aktive der ISO verteilten am 1. September 2022 ein Flugblatt.* Dort heißt es „Wir müssen hier im eigenen Land auch aufstehen gegen die Abwälzung der Kosten der Aufrüstung und der Kriegsführung. Und wir müssen die Preistreiber der Kriegstreiber und Kriegsgewinnler bekämpfen.“ Diese und andere Forderungen seien aber „nur durch eine starke und gut vernetzte antimilitaristische soziale Bewegung sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene durchzusetzen“. Dafür bedürfe es „einer massiven Stärkung von organisierter und organisierender Gegenmacht der arbeitenden Klasse“.

Der Mannheimer Antikriegstag war ein kleiner Schritt in diese Richtung.

*[Im Netz abrufbar unter iso-4-rhein-neckar.de/Anti-Krieg-2022]



Kundgebung zum Antikriegstag in Mannheim. 1. September 2022.

Klimastreik

Vom Protest zum Widerstand?

E. B.

Im Rahmen des Klimastreiks des Bündnisses um Fridays for Future gingen bundesweit rund 280.000 Menschen bei über 250 angemeldeten Demos am 23. September 2022 auf die Straße. Ihre Forderungen an die Bundesregierung: Ausstieg aus den fossilen Energien, Klimagerechtigkeit, eine konsequente Verkehrswende und die Entlastung von Geringverdienenden in der Energiekrise.

In Mannheim versammelten sich rund 500 Personen zur Auftaktkundgebung vor dem Schloss, darunter auch Aktive der ISO Rhein-Neckar. Der Demo durch die Innenstadt zum Marktplatz schlossen sich dann noch hunderte anderer Menschen an. Erfreulicherweise waren antikapitalistische Parolen nicht zu überhören.



Klimastreik in Mannheim, 23. September 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Bekämpfung des Kapitalismus

In ihrem vor der Demo verteilten Flugblatt forderte die ISO Rhein-Neckar zum Widerstand gegen die Klimakatastrophe und zur Bekämpfung des Kapitalismus auf: „Laut Weltklimarat kann nur mit radikalen Maßnahmen die Erderwärmung bis Ende 2100 auf 1,5 Grad Celsius eingedämmt werden. Die globalen CO₂-Emissionen müssen bis 2030 um 45 % reduziert werden, bezogen auf das Basisjahr 2010. Bis 2050 muss die Weltwirtschaft CO₂-neutral sein.“

Vor allem ist erforderlich, dass bis dahin mindestens 80 % der noch vorhandenen fossilen Energieträger in der Erde bleiben. Doch die Nutzung von Erdöl, Erdgas, Steinkohle und Braunkohle bedeuten für die großen Energiekonzerne immense Profite. Diese verteidigen sie mit Zähnen und Klauen.

Den verbrecherischen Überfall des Putin-Regimes auf die Ukraine nutzen die Herrschenden für eine ‚Zeitenwende‘. Rückkehr zu Atom, Kohle und Fracking-Gas, Militarisierung, Aufrüstung, Krieg, Bekämpfung von Gewerkschaften, Teuerung und wachsende Armut – alles das bedroht die große Mehrheit.

Nicht nur der Energiesektor, sondern die gesamte Wirtschaftsordnung beruht auf demselben Prinzip: Gnadenlose Ausbeutung von Mensch und Natur, um immer mehr ‚Wachstum‘ zu produzieren. Dieses Vorgehen macht Kapitaleigner immer reicher.

Vor der Durchsetzung des Kapitalismus gab es diesen Zwang zu stetigem Wachstum nicht. Dessen Ergebnis ist eine andauernde Überproduktion, die immer wieder Wirtschaftskrisen verursacht.

Macht der Konzerne brechen

Auch deshalb muss die Macht der Konzerne gebrochen werden. Die Wirtschaft darf nicht weiter auf Gewinnmaximierung beruhen. Sie muss den Bedürfnissen von Mensch und Natur gerecht werden. Das können wir nur durch eine sehr große außerparla-

mentarische Massenbewegung erreichen – hier bei uns und weltweit. Deshalb müssen wir uns demokratisch vernetzen und eine gemeinsame soziale und ökologische Front aufbauen. Nicht nur gegen die Klimazerstörer, sondern auch gegen die Kriegs- und Preistreiber.

Die wirtschaftlich und politisch Herrschenden handeln vollkommen unverantwortlich. Sie nehmen die Vernichtung der Erde und unser aller Zukunft in Kauf.

Ihr Motto lautet: ‚Vor allem darf es keine Verluste für die Aktionäre geben!‘ [...]

Die herrschende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung führt zu immer größerer sozialer Ungleichheit und zu Krieg. Sie richtet immer größere Verwüstungen und Zerstörungen an.

Für eine solidarische Welt

Eine andere, eine solidarische Welt ist nötig und möglich! Das erfordert eine grundlegende Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft. Nicht mehr der Profit, sondern die demokratisch organisierte Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse (Ernährung, Bildung, Wohnen, Kultur, Arbeit, Gesundheit, Pflege, Infrastruktur ...) und der Schutz der Natur werden dann im Zentrum stehen.

Müssen wir dann auf Wohlstand verzichten? Nein! Wir werden ein viel besseres Leben gewinnen. Reichtum wird dann nicht mehr an Geld, sondern an der Qualität des Lebens gemessen. Freie, selbstbestimmte Zeit für alle Menschen wird dann ausreichend vorhanden sein – für ein aktives gesellschaftliches und politisches Engagement, für Kreativität, Genuss und Ruhe, Fürsorge und Liebe.“



Klimastreik in Mannheim, 23. September 2022.

Foto: helmut-roos@web.de.

Sensation: ARD-Tatort jetzt in prominentem Betrieb?

S. K.

Folgendes Schreiben erreichte vor kurzem irrtümlicherweise die Redaktion von *Avanti*². Da wir der Aufklärung verpflichtet sind, können und dürfen wir es unseren geneigten Leserinnen und Lesern nicht vorenthalten.

Hallo liebe Macherinnen und Macher vom ARD-Tatort! Falls Euch die Ideen für Eure sonntägliche Sendung ausgehen sollten, haben wir einen – sogar kostenlosen – Vorschlag für ein neues Drehbuch.

Schauplatz ist eine idyllische Stadt, in der schon so mancher sein Herz verloren haben soll. Die zwielichtigen Hauptfiguren sind die drei Geschäftsführer einer nur dem Namen nach prominenten Firma. Zwei Brüder, die sich nicht ganz grün sind, und ein von außen eingekaufter Manager. Nennen wir letzteren Dr. NO und die beiden ersteren DA und RE.

Aufgepasst: Die Geschichte ist hochpolitisch und wirklich brisant! Das Unternehmen macht zwar mit seinen weltweit verkauften Produkten enorme Gewinne, aber diese reichen den „Entscheidern“ noch nicht. Sie entwickeln deshalb die hochintelligente Idee, hunderte von Arbeitsplätzen unter anderem in das mit „dem Westen“ eng befreundete China zu verlagern.

Das Problem bei der Sache: Es gibt einen Betriebsrat der gewerkschaftlich organisiert ist. Der könnte die cleveren Pläne der Hauptfiguren eventuell behindern und einen teuren Sozialplan verlangen. Was also tun?

Ein Glück, dass Dr. NO einschlägige Erfahrungen hat. Seine ruhmreiche Karriere führte in unter anderem in die dunkle Welt der Unrechtskanzleien. Ihre Spezialität ist die „Kündigung von Unkündbaren“. Sie besorgen gegen gutes Geld die „legale“, illegale, ...egale Entsorgung von unbequemen Betriebsräten.

Der boomenden Branche werden beispielsweise Naujoks, Schreiner + Partner oder Hogan Lovells zugerechnet. Und siehe da: Bei Letzteren hatte auch Dr. NO mehrere Jahre angeheuert.

Aber schweifen wir nicht ab! Die Risiken des Verlagerungsplans müssen minimiert werden. Kurz vor den anstehenden Betriebsratswahlen wird deshalb eine prominent-gelbe Liste aus dem Hut gezaubert. Sie gewinnt die Wahl durch massive Beeinflussung – wenn auch nur mit hauchdünnem Vorsprung.

Jetzt kann der nächste Schritt unternommen werden: die Kündigung des bisherigen BR-Vorsitzenden unter dem billigen Vorwand, er hätte Freunden gegenüber im Netz über die Firma hergezogen.

Bei diesen Umtrieben tritt nun eine neue Figur auf. Nennen wir sie Dr. GO von der Kanzlei Weinberg. Zufällig war auch er bei Hogan Lovells tätig. Sein Job ist es, dem

Gekündigten vor dem Arbeitsgericht den Garaus zu machen.

Nun leben wir ja in einem Rechtsstaat, werdet Ihr, liebe Macherinnen und Macher des Tatorts, einwenden. und deshalb muss der Gekündigte auch seine Unschuld beweisen. Oder? Gibt es da etwa Widerspruch? Noch nie etwas von „Verdachtskündigung“ gehört, dem braun gefärbten Zauberwort der Unrechtskanzleien?

Das Ende der Geschichte verraten wir Euch natürlich jetzt noch nicht. Aber vielleicht ist Euch ja aufgefallen, dass gar nicht von der Gewerkschaft und den von ihr organisierten Protesten die Rede ist. Doch, doch die Gewerkschaft gibt es auch in der idyllischen Stadt, aber der örtliche Gewerkschaftschef ist sauer. Stinksauer sogar. Und zwar auf den gekündigten ehemaligen BR-Vorsitzenden. Warum? Dieser Lümmel hat tatsächlich vor Jahren die Abwahl des sehr vertraulich mit der Geschäftsführung kooperierenden früheren BR-Vorsitzenden mitbetrieben. Und der war der Buddy des örtlichen Gewerkschaftschefs. Und an dem vergreift man sich doch nicht, oder?

In der Hoffnung auf baldige Antwort und mit kriminalistischen Grüßen, S. K. L. ■

9. Bundeskonferenz gegen BR-Mobbing

M. G.

Am Samstag, den 15.10.2022, findet im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 9. bundesweite Tagung „Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co. – Gegenwehr stärken!“ statt.

Aus diesem Anlass nahm das veranstaltende Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing!“ im Vorfeld dieser wichtigen Zusammenkunft in einer Pressemitteilung Stellung:

„Die diesjährigen Betriebsratswahlen haben eine weitere Zunahme von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung erkennen lassen.

Auch unter Ausnutzung der Folgen der anhaltenden Corona-Krise gehen Geschäftsführungen und ihre professionellen Helfershelfer verstärkt mit Verdachtskündigungen sowie der Bspitzelung und Zersetzung des beruflichen und sozialen Umfeldes gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor.

Die Folgen dieses Agierens gegen demo-

kratisch gewählte Interessenvertretungen sind offensichtlich: gesundheitlich zerstörte Menschen, schwer geschädigte Familienangehörige, ruinierte berufliche Existenzen und nicht zuletzt eingeschüchterte Belegschaften.

Die Durchsetzung eines, Rechts des Stärkeren in prominenten und weniger prominenten Firmen und Einrichtungen ist unakzeptabel und muss bekämpft werden.

In der Öffentlichkeit werden diese Machenschaften bisher jedoch nach wie vor kaum wahrgenommen.

Im Zentrum unserer diesjährigen Konferenz steht zum einen die Auswertung des Geschehens um die zurückliegenden BR-Wahlen, zum anderen die Diskussion konkreter Strategien zur erfolgreichen Verteidi-

gung verbriefter Rechte in der Arbeitswelt.

Starke demokratische Gegenmacht ist die Voraussetzung, um Betriebsrats- und Gewerkschaftsbekämpfung stoppen zu können.“ ■

Anmeldung:

Bitte bis spätestens 10.10.2022.

Per E-Mail:

solidaritaet@gegen-br-mobbing.de

Per Post:

Komitee „Solidarität gegen BR-Mobbing“, Speyerer Str. 14, 68163 Mannheim

Weitere Infos:

www.gegen-br-mobbing.de

Neu: Dokumentation der 8. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ „Grundrechte verteidigen!“

O. T.

Endlich ist die Dokumentation der 8. Konferenz „Betriebsräte im Visier“ erschienen.* Sie enthält die wesentlichen Texte dieser am 16. Oktober 2021 in Mannheim durchgeführten Tagung. Sie ist eine wichtige Lektüre nicht nur für alle von BR-Mobbing direkt Betroffenen, sondern auch für alle, die sich mit diesem brisanten Thema auseinandersetzen wollen.

Im Zentrum der achten Konferenz stand die Diskussion über Strategien zur erfolgreichen Verteidigung und Durchsetzung der verbrieften Rechte im Betrieb – gerade auch vor dem Hintergrund der schwierigen Bedingungen während der Corona-Pandemie.

Im Vorwort der Broschüre heißt es: „Die Corona-Pandemie haben Unternehmensleitungen ausgenutzt, die Bekämpfung von Betriebs- und Personalräten sowie Mitarbeitervertretungen zu intensivieren. Das Virus der Gewerkschaftsbekämpfung verbreitet sich oft ungehindert aus. Gerade in zunehmend rauerer Zeiten ist gewerkschaftlicher Widerstand gegen diese Machenschaften angesagt. Bei IG Metall, ver.di und DGB gibt es eindeutige Beschlüsse zum Thema BR-Mobbing. Aber die wirksame Abwehr der kriminellen Angriffe auf demokratisch gewählte Interessenvertretungen muss verstärkt werden.“

Abwehrstrategien gegen Angriffe

Die eingeladenen Referentinnen und Referenten stellten Positionen, Erfahrungen und Abwehrstrategien vor. Von besonderer Bedeutung waren Handlungsvorschläge für die Stärkung der Widerstandskräfte von betrieblich und gewerkschaftlich Aktiven.

Miriam Walkowiak (DGB Baden-Württemberg) erläuterte die Position des gewerkschaftlichen Dachverbandes. Der DGB kritisierte die Bagatellisierung der „menschenunwürdigen juristischen und persönlichen Angriffe“ auf Belegschaftsvertretungen.

Carl-Friedrich Bossert und Inga Neumann (IGM-Vorstand Frankfurt) sprachen zum Thema „BR-Mitglieder schützen, aber wie?“ Als größte Einzelgewerkschaft im DGB ist die IG Metall Vorreiterin bei der Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung.

stand Frankfurt) setzte sich mit der Frage „Hilft Selbstorganisation im Betrieb?“ auseinander. Wirksame Antworten auf BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung müssten nicht nur betrieblich, sondern auch gesellschaftspolitisch gegeben werden.

Andreas Köppe (IGM Nordhessen) und Raphael Reinstein-Wagner (IGM-Vertrauenskörperleitung der Firma Wikus) informierten unter der Überschrift „Von Wikus lernen...?“ über den beispielhaften Kampf in dem nordhessischen Unternehmen für die Durchführung von Betriebsratswahlen.

Netzwerk gegen BR-Mobbing

Die Tagung wollte nicht zuletzt einen nützlichen Beitrag zur weiteren Intensivierung der bundesweiten Zusammenarbeit gegen BR-Mobbing leisten. Deshalb wurden die Erfahrungen verschiedener Initiativen im Kampf gegen Gewerkschaftsbekämpfung und BR-Mobbing vorgestellt und in die vorliegende Dokumentation aufgenommen.

„Vom ‚Einzelfall‘ zur strategischen Gegenwehr?“ lautete die Fragestellung für ein Podium mit vier Vertreterinnen und Vertretern des bundesweiten Netzwerks gegen BR-Mobbing. Sie berichteten über Erfolge ihrer Arbeit und loteten Möglichkeiten eines noch besseren gemeinsamen Eingreifens aus.

In der ebenfalls dokumentierten Entschließung der Konferenz heißt es, dass gerade im Vorfeld der im Frühjahr 2022 anstehenden Betriebsratswahlen dem Treiben der BR-Mobber „entschlossen Einhalt zu gebieten“ sei. „Politik, Medien und Justiz“ werden aufgefordert, „endlich ihr in der Regel praktiziertes Ignorieren von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung zu beenden“. Die zunehmend aggressivere Durchsetzung eines „Recht des Stärkeren“ in der Arbeitswelt sei unakzeptabel.

*[Die Dokumentation kann in digitaler Form bei solidaritaet@gegen-br-mobbing.de bestellt werden.]



Diskutierende der 8. Konferenz „BR im Visier“ in Mannheim, 16. Oktober 2021. Foto: helmut.roos@web.de.

Alexander Mohrlang (ebenfalls IGM-Vor-

Betriebsratsarbeit Besser mit Strategie (Teil III)

U. D.

Am 21. Mai 2022 organisierte die ISO Rhein-Neckar ein Seminar zur Betriebsrats- und Gewerkschaftsarbeit. Das Einleitungsreferat setzte sich mit den Bedingungen von Betriebsratsarbeit auseinander. Die Teile eins und zwei erschienen in *Avanti*² von Juli/August und September 2022. Hier folgt der dritte und letzte Teil.

Als Betriebsrat strategisch eigenständig zu denken, zu planen und zu handeln heißt, seine Arbeitsschwerpunkte nicht allein durch das Unternehmen bestimmen zu lassen. Vielmehr werden eigene kurz-, mittel- und langfristige Ziele definiert, beharrlich verfolgt sowie Arbeit und Strukturen des Betriebsrates daran ausgerichtet.

Im Folgenden werden neun mögliche Bausteine einer solchen strategischen Betriebsratsarbeit beschrieben. Mit entsprechenden Anpassungen können diese unabhängig davon genutzt werden, ob man mit der politischen Arbeit im Betrieb erst beginnt, ob man noch in der Minderheit oder bereits in der Mehrheit ist.

1. Selbstverständnis entwickeln

Ein Selbstverständnis entsteht nicht einfach am grünen Tisch, sondern durch gemeinsame Praxis und Diskussion. Wenn möglich formuliert man es schriftlich und lässt es abstimmen. Im besten Falle spiegelt es die Haltung zu grundsätzlichen Fragen. Zum Beispiel:

- Versteht man sich als Teil der Belegschaft oder als „besonderer“ Teil der Unternehmensführung?
- Orientiert man sich an den Interessen der Belegschaft oder an den Unternehmenszielen?
- Will man aktiv im Kontakt mit der Belegschaft bleiben oder will man ein „Büro- und Sitzungsrat“ sein?

2. Ziele formulieren

Allgemeine Ziele dienen neben dem Selbstverständnis als Richtschnur des eigenen Handelns. Sie machen deutlich, wofür man steht und wie man sich bei anstehenden Themen verhalten will. Zum Beispiel:

- Wir sind für Einstellungen, Gesundheitsschutz, Gleichstellung, bessere Entlohnung, Ausbildung, Übernahme usw.

- Wir sind gegen Mehrarbeit, Entlassungen, Kündigungen, Outsourcing, Arbeitsverdichtung, Leiharbeit, usw.

3. Arbeit planen

In vielen – insbesondere in konzerngesteuerten – Unternehmen werden Betriebsräte fast ununterbrochen mit neuen Themen und geplanten Maßnahmen der Gegenseite konfrontiert. In diesem betrieblichen Hamsterrad geraten die eigenen Ziele allzu leicht aus dem Blickfeld. Statt eigenständig zu agieren, wird dann nur noch reagiert.

Dagegen hilft nur, die eigene Arbeit zu planen. Am besten gelingt dies mit einem Arbeitsplan, der die Themen, die geplanten Aktivitäten, den Zeitraum, die Verantwortlichen und den Stand der Bearbeitung enthält. Das schafft die Voraussetzung, sich nicht zu verzetteln, den Überblick zu bewahren und die eigenen „Ressourcen“

richtig einschätzen und einsetzen zu können. Ein solcher Arbeitsplan hilft jedoch nur dann, wenn er regelmäßig überprüft, diskutiert und korrigiert wird.

4. Strukturen optimieren

Wer strategisch arbeiten will, muss auch die Arbeit und Funktionsweise der Betriebsratsorganisation am Selbstverständnis, an den Zielen und der Arbeitsplanung ausrichten. Eine Möglichkeit dazu ist, dies im Rahmen der Erstellung einer Geschäftsordnung zu diskutieren und zu beschließen.

Dabei reicht es jedoch nicht aus, eine solche Geschäftsordnung nur zu Beginn einer Amtsperiode zu diskutieren und danach zu „vergessen“. Vielmehr sollte sie regelmäßig (z. B. jährlich) und gemeinsam diskutiert werden, um so die Betriebsratsorganisation auf ihre Arbeitsweise und Nützlichkeit zu überprüfen und bei Bedarf zu ändern.



Betriebsversammlung bei Alstom in Bexbach, 3. Februar 2014.

Foto: Privat.

5. Kräfte einteilen

Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit benötigt einen langen Atem. Darum müssen ein Betriebsratsgremium und seine Mitglieder die vorhandenen Kräfte gut einteilen. Neben einer realistischen Arbeitsplanung braucht es dafür eine gemeinsame und solidarische Verteilung der Arbeit und Aufgaben. So lässt sich die Belastung einzelner reduzieren und die Gesundheit aller Betriebsräte schützen.

Das bedeutet nicht, sich passiv zurückzulehnen, sondern die Wichtigkeit einzelner Aufgaben sowie die eigenen Möglichkeiten und Kräfte realistisch einzuschätzen und eine kollektive Arbeit zu entwickeln.

6. Wissen vergrößern

Sich kollektives Wissen zu erarbeiten und das Wissen aller BR-Mitglieder gezielt zu fördern, ist eine wichtige Aufgabe des gesamten Gremiums. Zum einen setzt dies die Bildungsbereitschaft von allen voraus. Zum anderen macht dies eine systematische Bildungsarbeit notwendig.

Eine solche Arbeit lässt sich am einfachsten mit einem Bildungsplan umsetzen: Als erstes wird ausgehend von den Zielen, Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Bildungsbedarf des Gremiums und seiner Mitglieder ermittelt. Danach wird auf Grundlage dieses Bedarfs ein Plan erstellt, der die einzelnen Betriebsratsmitglieder und die für sie vorgesehenen internen und externen Bildungsmaßnahmen enthält. Auch für diesen Plan gilt, dass er regelmäßig überprüft, verändert oder ergänzt werden muss.

7. Öffentlichkeit schaffen

Wer die Beschäftigten für ihre Interessen aktivieren will, muss diese regelmäßig informieren, mit ihnen diskutieren und in Aktivitäten einbeziehen. Zum Beispiel mit Betriebs- und Abteilungsversammlungen, Begehungen, Informationsgesprächen, Betriebsratszeitungen, Flugblättern, Intranet, Internet, kollektiven Beschwerden, Toraktionen, Unterschriftenlisten.

Eine der wichtigsten Möglichkeiten wird dabei oft vergessen: der Vertrauensleutkörper. Wenn dieser aktiv ist, im stetigen Austausch mit der Belegschaft steht und vom Betriebsrat gut informiert wird, ist er ein unersetzlicher Multiplikator und Organisator.

Ohne eine geplante und kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit wird man auf Dauer



Aktion von Alstom-Azubis für die Übernahme in Mannheim-Käfertal, 29. April 2011.

Foto: Privat.

keine Unterstützung seitens der Belegschaft aufbauen. Umso wichtiger ist es, eine solche Arbeit im Rahmen der Struktur- und Arbeitsplanung zu beraten und umzusetzen.

8. Belegschaft organisieren

Wer das betriebliche Kräfteverhältnis zu Gunsten der Beschäftigten ändern will, muss diese gewerkschaftlich organisieren, einen aktiven Vertrauensleutkörper aufbauen und zugleich die Position der aktiven und kämpferischen Kräfte in der Belegschaft, im Betriebsrat und bei den Vertrauensleuten stärken.

Je erfolgreicher die aktiven Kräfte dabei sind, je mehr wird das Unternehmen auf sie Druck ausüben. Gegen die dabei drohenden Angriffe (BR-Mobbing, Gewerkschaftsbekämpfung usw.) bilden ein hoher Organisationsgrad und die Aktionsfähigkeit der Belegschaft sowie eine starke betriebliche Verankerung den besten Schutz.

9. Überbetrieblich vernetzen

Überbetriebliche Treffen und Diskussionen ermöglichen es, von Aktiven aus anderen Betrieben zu lernen und die eigene betriebliche Tagesarbeit zu verbessern. Sie schaffen den Raum für gegenseitige Unterstützung und Solidarität. Nicht zuletzt können dort getroffene Absprachen die politische Durchsetzungskraft innerhalb der Gewerkschaften erhöhen. Darum ist die Beteiligung an überbetrieblichen Vernetzungs-Strukturen oder deren Aufbau ein wichtiger Teil politischer Betriebsar-

beit. Dabei sollten auch gewerkschaftliche Möglichkeiten genutzt werden. Wer aber für eine kämpferische Betriebspolitik eintritt und gewerkschaftliche „Sozialpartnerschaft“ ablehnt, wird sich auch informell treffen müssen.

Wichtiges zum Schluss

Betriebsratsarbeit sollte

- die Rolle des Betriebsrats als anstelle der Belegschaft handelnde Stellvertretung ablehnen und wo immer möglich, aktivierend und mobilisierend tätig sein
- in der Belegschaft ein Bewusstsein über das „Wir“, also die eigene „Klassenlage“, sowie die eigenen Interessen – in Abgrenzung zum Unternehmen – schaffen
- Organisation, Verankerung und Aktionsfähigkeit stärken und so das Kräfteverhältnis im Betrieb zu Gunsten der Belegschaft verändern.

Dafür liefert strategische Betriebsratsarbeit eine gute Grundlage. Sie bedeutet, Ziele, Aktivitäten und Strukturen zu planen sowie diese regelmäßig zu überprüfen, zu diskutieren und zu korrigieren. Sie erfordert gerade zu Beginn Zeit und Kraft, um letztendlich die vorhandene Zeit und Kraft besser zu nutzen.

Aber etwas Entscheidendes kann strategische Betriebsratsarbeit nicht leisten: Sie kann zu keiner Zeit das Engagement und die politische Klarheit der im Betrieb Aktiven ersetzen, die für eine bessere und menschlichere also nicht-kapitalistische Welt kämpfen. ■

Die Schwerbehindertenvertretung – (k)ein unbekanntes Wesen?

H. S.

Vom 1. Oktober bis 30. November 2022 werden die Schwerbehindertenvertretungen (SBV) neu gewählt. In allen Betrieben mit mindestens fünf schwerbehinderten Beschäftigten oder ihnen gleichgestellten behinderten Beschäftigten haben diese gemäß Sozialgesetzbuch (SGB) IX das Recht auf eine spezielle Interessenvertretung.

Die SBV wird häufig unterschätzt und nicht ernst genommen. Das gilt nicht nur für Geschäftsleitungen, sondern leider auch manches Mal für Betriebs- und Personalräte, die verhindern wollen, dass die SBV bei wichtigen Entscheidungen mitredet.

Viel zu oft gilt das auch für SBV-Vertretungen selbst, die ihre Funktion nur halbherzig oder gar nicht im Sinne ihrer Aufgabenstellung wahrnehmen. Dabei hat die SBV dafür zu sorgen, dass die Belange von schwerbehinderten Beschäftigten bei allen betrieblichen Entscheidungen gehört und ihre Rechte gewahrt werden.

Dies gilt zum Beispiel für die Gestaltung von Arbeitsplätzen, Arbeitszeiten und Überstunden. Auch bei Einstellungen, Eingruppierungen und Kündigungen von schwerbehinderten Menschen muss die SBV angehört werden. Eine Kündigung ohne die Beteiligung der SBV ist sogar unwirksam.

Außerdem stehen die Schwerbehindertenvertretungen den Beschäftigten beratend und helfend zur Seite, etwa wenn diese einen Antrag auf Anerkennung einer Behinderung stellen. Nach Unfällen oder Erkrankungen ist es die Aufgabe der SBV,

sich zusammen mit dem Betriebs- oder Personalrat dafür einzusetzen, dass der Arbeitsplatz erhalten werden kann. Das kann zum Beispiel durch technische Änderungen oder Wiedereingliederungsverfahren geschehen.

Die Schwerbehindertenvertretung kann darüber hinaus eine Inklusionsvereinbarung aushandeln, die Inklusionsziele im Unternehmen benennt und Diskriminierung verhindert.

Eigenständige Interessenvertretung

Die SBV ist eine eigenständige Interessenvertretung und übt ihr Amt völlig unabhängig aus. Niemand darf ihr reinreden. Trotzdem macht es natürlich Sinn, dass die SBV eng mit dem Betriebs- oder Personalrat sowie der Gewerkschaft zusammenarbeitet.

Gerade in der heutigen Zeit gibt es vermehrt schwerbehinderte Menschen, und auch psychische Belastungen und Erkrankungen kommen immer häufiger vor. Die Vorgaben aus dem Arbeitsschutzgesetz – vor allem des Paragraphen 5 zur Gefährdungsbeurteilung – gelten in besonderem



Maß für die Schwerbehinderten und die ihnen Gleichgestellten. Das Arbeitsschutzgesetz bietet einen wichtigen Handlungsrahmen für die SBV.

Mit ihrem speziellen Wissen und Auftrag nimmt die SBV eine wichtige Schnittstellenposition zwischen den (schwer-)behinderten Kolleginnen und Kollegen, dem Betrieb, dem Betriebsrat und den Behörden ein. Wichtige Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit der SBV sind die Kenntnisse der Problemstellungen von schwerbehinderten Menschen und die Beachtung nicht nur der gesundheitlichen, sondern auch der sozialen Aspekte bei der Umsetzung von Maßnahmen.

SBV stärken

Angesichts der Bedeutung der SBV braucht es Menschen, die wählen, aber auch engagierte Kolleginnen und Kollegen, die sich zur Wahl stellen. Während nur schwerbehinderte Menschen und ihnen Gleichgestellte selbst wählen dürfen, gilt das für die Wahlkandidatur nicht. Das heißt, dass auch Menschen ohne Grad der Behinderung kandidieren und gewählt werden können.

Das Engagement der Schwerbehindertenvertretungen ist gesetzlich abgesichert. Ebenso wie der Betriebs- und Personalrat unterliegt die Schwerbehindertenvertretung einem besonderen Kündigungsschutz und ist für die Erledigung ihrer Aufgaben von der Arbeit freigestellt.

Die ISO ruft zur Beteiligung an den SBV-Wahlen und zur Stärkung der Schwerbehindertenvertretungen auf.



ISO-Transparent auf der Antikriegsdemo am 5. März 2022 in Mannheim.

Foto: Avanti².

ISO-Bundeskonzferenz

Die Herausforderungen annehmen

M. G.

Am 17. und 18. September 2022 hat die 4. Bundeskonferenz der ISO stattgefunden.

Um verantwortungsvoll tagen zu können, wurden Corona-Schutzmaßnahmen eingehalten. Die Tagesordnung unserer wichtigsten Entscheidungs-Instanz war sehr anspruchsvoll.

Im Vorfeld der Tagung fanden erstmals in der Geschichte unserer Organisation zahlreiche virtuelle Treffen statt. So konnten unsere Mitglieder bundesweit an der Vorbereitung der unterschiedlichen Arbeits- und Themenfelder direkt teilnehmen.

Das war umso wichtiger als sich die politische Gemengelage immer weiter zuspitzt. Pandemie, Klimazerstörung, Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, Ausrüstung, Klassenkampf von oben und die Notwendigkeit des Widerstands gegen die Teuerung gut vorbereitet unter einen Hut zu bringen, war auch für uns eine große, vielleicht noch zu große Aufgabe.

IV. Internationale

Léon aus Paris berichtete für das Sekretariat der IV. Internationale über die Entwicklung unserer weltweiten Organisation. Zudem informierte er über die Vorbereitung des nächsten Weltkongresses, dem unter anderem ein Ökosozialistisches Manifest vorgelegt werden soll. Es soll den Charakter eines Übergangsprogramms für das 21. Jahrhundert haben und unter breiter internationaler Beteiligung entwickelt werden.

Lebhaft debattiert wurde auf unserer Konferenz, wie die IV. Internationale gerade auch in Europa wieder sichtbarer und wirksamer werden könne. Nicht zuletzt ging es dabei auch um die Frage, wie die ISO als deren deutsche Sektion besser dazu beitragen kann.

Politische Lage

In der Einschätzung der allgemeinen Lage, der Auswirkungen der Pandemie, der Preisteigerungen, der Krise der linken gesellschaftlichen Kräfte, der Ausrichtung der prokapitalistischen Regierungspolitik und der Unzulänglichkeiten offizieller Gewerkschaftspolitik gab es bei Differenzen in Einzelfragen eine grundsätzliche Übereinstimmung. Ein Text mit der Überschrift „Wir zahlen nicht für eure Krisen und Kriege!“ wurde mehrheitlich angenommen.

Die Vorlage „Gesundheitskämpfe, Pandemie und Staatsversagen“ befasste sich mit der Corona-Politik der Herrschenden und unseren fundierten Alternativen. Auch diese Resolution erhielt die Mehrheit der auf Konferenz abgegebenen Stimmen.

Krieg in der Ukraine

In der Frage der Verurteilung des Überfalls des Putin-Regimes auf die Ukraine-Krieges sind wir ebenso einer Meinung wie in der Ablehnung der Politik „des Westens“ und der Bundesregierung. Unterschiedliche Meinungen gab es vor allem in der Frage, ob die Ukraine mit Waffenlieferungen unterstützt werden soll, oder ob wir stattdessen das Konzept der sozialen Verteidigung propagieren sollten. Letzteres war die Mehrheitsmeinung. Sie fand ihren Ausdruck in dem von der Konferenz angenommenen Text „Solidarität mit dem Widerstand in der Ukraine und der russischen Antikriegsbewegung! Stoppt den Krieg!“

Partei DIE LINKE

Es bestand Einigkeit darüber, dass die Lage der LINKEN extrem kritisch und ihre weitere Entwicklung unsicher ist. Wir waren uns auch einig, dass unsere Mitglieder in der LINKEN mehr und besser zusammenarbeiten müssen. Ihre Arbeit in der Antikapitalistischen Linken (AKL) und der Bewegungslinken (BL), die Verbesserung ihrer Vernetzung sowie die Beteiligung an praktischen Aktivitäten der LINKEN sollen fortgeführt werden.

Organisationsaufbau

Zwar ist die ISO bisher stabil durch die Corona-Pandemie gekommen, allerdings ist das notwendige Wachstum der Organisation nicht so eingetreten, wie wir es uns erhofft hatten.

Die Bundeskonferenz führte eine niveaunvolle, wenn auch zeitlich zu eng begrenzte Debatte darüber, wie der Aufbau und Ausbau unserer Ortsgruppen konkret umgesetzt werden kann. Die kollektive Arbeit vor Ort ist die entscheidende Basis, um in diesen rauer werdenden Zeiten bestmöglich handeln zu können.

Ausgehend von den Beschlüssen zum Organisationsaufbau werden wir uns mit folgenden Herausforderungen auseinandersetzen müssen:

- Entwicklung und Konkretisierung unserer Außenarbeit (im Betrieb, im Stadtteil usw.)
- Gewinnung der bewusstesten Menschen aus der arbeitenden Klasse
- Konstruktive Mitarbeit in örtlichen, regionalen und bundesweiten Bündnissen, ohne unseren eigenen Aufbau zu vernachlässigen.

Eine Rolle auf unserer Konferenz spielte dabei die inhaltlich wertvolle Debatte um das Verhältnis von „Massenarbeit“ zur „Arbeit mit den Fortgeschrittenen“. Die Gewinnung und Ausbildung von stabilen Aktiven muss sowohl praktisch als auch in der theoretischen Bildungsarbeit erfolgen.

Die neu gewählte Koordination hat die Aufgabe, mit jeder Ortsgruppe und den Einzelmitgliedern, einen Plan zum lokalen Aufbau zu entwickeln.

Weitere Konferenz-Beschlüsse

Eine unserer vorrangigen Aufgaben sehen wir darin, die Interessen der arbeitenden Klasse mit dem Kampf um Klimagerechtigkeit zu verknüpfen. Wir werden auch deshalb weiterhin die Ökosozialistische Konferenz als zentrales Ereignis jährlich durchführen.

Große Einigkeit herrschte in der Vorbereitung auf einen möglicherweise notwendig werdenden Umgang mit sexualisierter Gewalt und patriarchalem Machtmissbrauch. Obwohl in unseren Reihen kein konkreter „Fall“ existiert, war sich die Konferenz sehr einig, dass sich die Organisation präventiv auf solche schwerwiegenden Probleme einstellt. Dementsprechend wurde der Text „Es geht nicht um Strafe, sondern um Verhaltensänderung – Über den Umgang mit geschlechtsspezifischer Gewalt“ ohne Gegenstimmen angenommen.

Vorläufiges Fazit

Als vorläufiges Fazit können wir festhalten: Wir wissen, dass wir – und die gesamte Linke und die Gewerkschaften – vor sehr großen Herausforderungen stehen. Auf der Bundeskonferenz haben wir weitere Schritte diskutiert und beschlossen, wie wir diesen Anforderungen noch besser gerecht werden können.*

* [Wesentliche Konferenztexte werden in einem Sonderheft von *die internationale* veröffentlicht.] ■

Vor 80 Jahren Hinrichtung von Mannheimer Widerstandskämpfern

E. B.

Am 15. September 2022 fand auf Einladung von VVN-Bund der Antifaschist*innen Mannheim (VVN-BdA) und Offenem Antifaschistischen Treffen (OAT) die jährliche Gedenkveranstaltung für den Mannheimer Arbeiterwiderstand auf dem Georg-Lechleiter-Platz statt.

„Dem Widerstand gedenken, Rassismus bekämpfen, den Frieden sichern!“ lautete das Motto der Aktion, an der rund 100 Menschen teilnahmen.

Die Errichtung der faschistischen Diktatur in Deutschland 1933 war nicht zuletzt durch das Versagen der damals stärksten Arbeiterbewegung der kapitalistischen Welt möglich geworden. Die Führungen von ADGB, SPD und KPD sabotierten auf ihre jeweils eigene Weise das Zustandekommen einer Einheitsfront. Sie alleine wäre in der Lage gewesen, den Sieg des braunen Mörderregimes zu verhindern.

Mannheim war nach 1933 reichsweit eine der bedeutendsten Hochburgen des linken Widerstands. Insbesondere der organisierte kommunistische Untergrund ist hier

zu nennen, der bis 1935 aktiv sein konnte.

Erst nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 gelang es der Lechleiter-Gruppe und ihrer Zeitschrift *Der Verbote* wieder, eine öffentliche Wirkung zu erzielen.

Der Zerschlagung der Gruppe durch die Gestapo im Februar 1942 folgte die Verurteilung und anschließende Hinrichtung von 19 ihrer Mitglieder. Drei Widerstandskämpfer wurden bereits vorher in der Untersuchungshaft durch NS-Schergen ermordet.

Mehrere Rednerinnen und Redner betonten bei der Kundgebung das unbedingt erforderliche Erinnern an den Mannheimer Arbeiterwiderstand, und sie verknüpften das mit der aktuellen Aufgabe, Faschismus und Kriegstreiberei entgegenzutreten. Der

Vertreter des OAT unterstrich die Notwendigkeit, den Kampf gegen neofaschistische Bestrebungen mit einer antikapitalistischen Perspektive zu führen. Musikalische Beiträge des Chors Trotz Alledem umrahmten die gelungene Zusammenkunft.



Lechleiter-Gedenken am 15. September 2022 in Mannheim.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DO, 06.10.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 06.10.2022, 17:30 Uhr, Hybrides Treffen des Bündnisses gegen Teuerung*
- FR, 07.10.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zum Iran*
- DI, 11.10.2022, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Teuerung, Marktplatz, MA
- SO, 09.10.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- SAM, 15.10.2022; 13:00 Uhr, 9. Konferenz „BR im Visier“, Gewerkschaftshaus MA*
- DO, 20.10.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 20.10.2022, 17:30 Uhr, Hybrides Treffen des Bündnisses gegen Teuerung*
- DI, 25.10.2022, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Teuerung, Marktplatz, MA
- DO, 27.10.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar
- FR, 28.10.2022, 19:00 Uhr, Hybrider ISO-Infoabend zu aktuellem Thema*

* [Mit strikter Beachtung der geltenden Gesundheitsschutzregeln.]



Impressum:

ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54

Email: info@iso-4-rhein-neckar.de

Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn

